

Politik Japans nach dem Zweiten Weltkrieg

(Politics in Japan after WW II)

Abstract: The political landscape was totally reshaped after WW II, under massive influence/pressure by the US, and by a new constitution. The Emperor's function was reduced to that of a symbolic representative of the country, all parties, also the communist, and trade unions were admitted. Reconstruction and economic recovery, doubling of the national income and getting incorporated into the international community were main targets of the first ten years. The influence of the US persisted beyond the occupation period, particularly in diplomacy. Japan engaged in overseas development aid ODA.

Key words: diplomatic relations with China, dominance of one single party - LPD, Emperor, foreign policy – massive influence of the US, new education system, new constitution of 1947, land reform, Nixon shock 1972, party system, Peace Treaty of San Francisco 1951, Prime Minister Hayato's target: doubling of the national income, security treaty with the US 1951, targets of the US-Occupation 1945-1951, trade unions, UNO membership 1956,

Politische Entwicklung Japans 1868-2000

1868-1898: Übergewicht der *habatsu* (派閥) Cliques gegenüber den gewählten Volksvertretern

1898-1931: Kooperatives Verhältnis zwischen den zwei Teilen der Macht

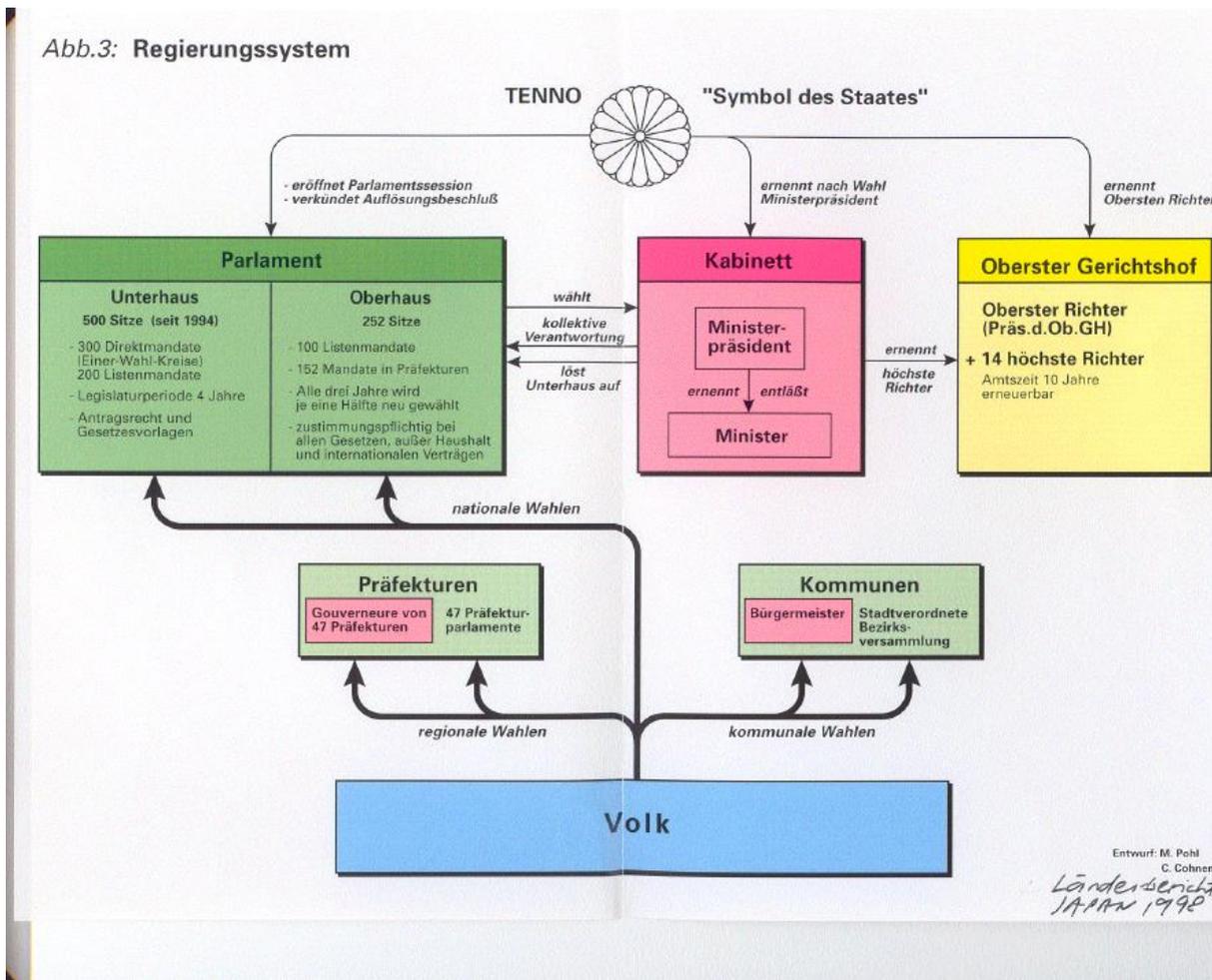
1931-45: Parteien ausgeschaltet, alle Macht beim Militär

1. Politik Japans nach 1945

1. Januar 1946: Der Kaiser erklärt ein gewöhnlicher Mensch zu sein.

Direkte Verwaltung durch die USA 1945-1951 und Ausarbeitung einer Verfassung
nachstehende Grafik aus "Länderbericht Japan, 1998", Ansichtsbblatt.

Abb.3: Regierungssystem



1.1 Wesentliche Charakteristiken der neuen Verfassung vom 3.5.1947

- Neue Wahlkreise: Übergewicht ländlicher Gebiete
- Bauernschaft Basis der LPD – Regierung eines Industriestaates stützt sich auf die Bauern. Vernachlässigung der Städte
- Zwei Kammern, Oberstes Gericht auch für Verfassungsfragen
- **Oberhaus**: alle 3 Jahre wird die Hälfte der 256 Mitglieder auf 6 Jahre gewählt. Das Oberhaus kann keine echte Rolle spielen, das Unterhaus nicht überstimmen, nur aufschiebende Wirkung erreichen. Differenzen werden durch Kompromisse überwunden.
- **Unterhaus** 512 Mitgl.: Legislative, Wahl alle 4 Jahre, wird aber meistens vorher aufgelöst. Parteiprogramme und politische Grundsatzdebatten sind unwichtig, Bekanntheitsgrad der Politiker zählt. Politikerdynastien

Der herausragende Politiker ist MP Yoshida Shigeru 1946-1954.

1.2 Hauptziele der Besatzung: Entmilitarisierung - Demokratisierung - Rehabilitation

- Entmilitarisierung: Alle besetzten Gebiete mussten geräumt werden, 6,5 Mio japanischer Kolonisten mussten nach Japan zurückkehren.
- Völliger Abbau der Streitkräfte
- Neue, durch USA aufgezwungene Verfassung. Kaiser nur noch Symbol des Staates und der Einheit des Volkes. Parlamente und Kabinett nach britischem Vorbild. Japan hatte in der *Taishō* Zeit (1912-1925) eine Art parlamentarischer Regierung nach englischem Vorbild. Oberhaus = Haus der Ratgeber
- Bildung von Gewerkschaften
- Landreform. Abschaffung von Grossgrundbesitz, Land geht in das Eigentum der Pächter über. Folge: Durchschnittliche Grösse eines Bauernbetriebes erreichte ca. 1 Hektare (2.5 acres)
- Im Erziehungswesen neue Lehrpläne, Einfluss lokaler Schulräte
- April 1946: erste neue Wahlen, im Wesentlichen die alten Vorkriegsparteien
- Rehabilitation = Vorbereitung der Eingliederung in die Weltgemeinschaft

Die grundlegenden Anliegen der Reform waren bis Ende 1947 erfüllt.

Ab 1948: Mehr und mehr Entscheidungen werden an Japan übertragen. Infolge des Kalten Krieges sind die USA an Japan immer mehr als Verbündetem interessiert, vollends nach Beginn des Koreakrieges. Förderung der Wirtschaft, um aus der Not der Nachkriegszeit herauszukommen und zu überleben, aber massgeblich auch um im ab 1948 einsetzenden Kalten Krieg als Industrieland eine Rolle zu spielen.

Nach 1950 wird die "Nationale Polizeireserve" in "Nationale Verteidigungsgruppe" umbenannt. Verpflichtung der USA Japan zu schützen

1951 8. Sept. Friedensvertrag von San Francisco, in Kraft getreten am 28.4.52.

1.3 1952-1960: Kampf um die innenpolitische Ordnung und die Aussenpolitik

1956 Aufnahme in die UNO

1954: MP Kishi Nobosuke: Ziel: Verlängerung des Sicherheitspaktes mit den USA 1960

MP Hayato

Ziel: Verdoppelung des Volkseinkommens

1.4. 1960-80: Eineinhalbparteiensystem (55er Regime) der LPD, die allmählich Stimmen verliert.

Vordringen der Linken auf lokaler Ebene

Die Liberal-Demokratische Partei (LDP *Jimintō*) vertritt eine **wirtschaftsorientierte** Außenpolitik, eine enge Kooperation mit den westlichen Industrienationen, eine umfassende Sicherheitspolitik. Die Verstärkung der Beziehungen mit den asiatischen Ländern und denen des pazifischen Raumes und trägt zu Sicherheit und Wohlstand in den Entwicklungsländern bei. Grundlage der Verteidigungspolitik ist der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag. Die Militärausgaben sollen ein Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten. Die LDP befürwortet die drei Prinzipien der Antinuklearisierung Japans: keine Herstellung - kein Besitz - keine Einfuhr atomarer Waffen.

Das jahrzehntelange Regierungsmonopol der LPD gründete auf: 1. Die ländlichen Kreise begünstigende Wahlkreiseinteilung 2. Die Wähler entscheiden sich stets für Profis der Politik, Neulinge haben kaum eine Chance.

Alle Parteien zerfallen in *Habatsu* (sich um einen Führer scharende Cliques), abhängig von Spenden. Im Parlament sitzen 20-30% ehem. Beamte, auch in der Regierung sind sie stark vertreten.

LPD verteilt grosszügig Gelder und bleibt an der Macht.

1972 Nixon Doktrin – Schock: USA stimmten, entgegen Versprechen, Vorgehen bez. China mit Japan nicht ab.

1972 Okinawa an Japan zurück

MP Tanaka: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China

1973 Erdölkrise – Neuausrichtung der Außenpolitik und der Entwicklungshilfe
Schlechtes Ansehen Japans in SEA

1973 Soyabohnen-Embargo der USA

1980-93: Finanzkrisen und Reibungen mit Ausland zwingen LPD zu Reformen.

Wegen Aufblähung der Wirtschaft kein Reformwille in der Regierung

1983-87: MP Nakasone: offensive Außenpolitik gegenüber USA, Europa, SEA

1987 Wahlreform: 130 Wahlkreise mit 3-5 Mandaten

1989 Tiefpunkt LPD, SPJ unter Doi Takako legt zu

SPJ Die Forderung nach unbewaffneter Neutralität und Gegnerschaft zum Sicherheitsvertrag waren dreissig Jahre unverrückbares Fundament sozialistischer Aussenpolitik. Mit dem Eintritt in die Regierungskoalition und der Wahl Tomiichi Murayamas zum Premierminister im Juni 1994 endete jedoch die jahrzehntelange ideologische Polarisierung im japanischen Parteiensystem, indem die Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) den Sicherheitsvertrag mit den USA als rechtmässig anerkannte und Auslandseinsätze der SDF für humanitäre Massnahmen befürwortete. Nach wie vor wird jedoch die Stationierung amerikanischer Soldaten in der Präfektur Okinawa kritisiert. In der SPJ gibt es zwei Flügel: beide an Gewerkschaftsorganisationen angelehnt: Der rechte Flügel lehnt sich an *Dōmei* an, der linke an den streikfreudigen Gewerkschafts-Verband *Sōhyō* 総評. Die SPJ verlangt: 1. Ausstieg aus der Atomenergie 2. Auflösung des Sicherheitsvertrages mit den USA und Garantie durch die UNO 3. Ein neues Verhältnis zu den USA.

1993 8-Parteien-Regierung

1993: Ende des kalten Krieges wirkt sich in der Innenpolitik aus, das alte Parteiensystem bricht ersatzlos zusammen.

1994 Koalition LPD-SPJ

1994: Neues Wahlreglement: 500 Mandate ,wovon 300 Direktmandate und 200 über 11 Regionallisten der Parteien vergeben

1.6 Bildung neuer Parteien und deren Machtbasis

Sōka Gakkai 創価学会 gründet 1969 die *Kōmeitō* 公明党. *Sōka Gakkai* gründet auf dem Lotus Sutra des Mönches *Nichiren* (13.Jhdt): Die Welt befindet sich in der Endzeit und muss gerettet werden. Basis von *Sōka Gakkai*: Beschäftigte der Klein- und Mittelindustrie. Innenpolitisches Ziel: aus der Opposition in die Koalition.

Abspaltungen von der LPD seit 1993:

1991 *Nihon Shintō* 日本新党 = NJP, eine liberal-soziale Allianz. Die *Jiyūshakai rengō* 自由社会連合, ging 1994 in der *Shinshintō* 新進党 auf.

1995 NFP Neue Fortschrittsparteien *Shinshintō*, *Shinseitō*, *Shintō Sakigake*

1996 Gründung der Demokratische Partei Japans DPJ 日本民主党 *Minshutō*

SDPJ Sozialdemokratische Partei Japans *Minshatō* 民社党

Die Demokratische Partei Japans **DPJ** *Minshutō* 民衆等 hat sich schon vor ihrer Gründung im Herbst 1996 klar zu Japans Streben nach einem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen bekannt und befürwortet überdies eine **Revision** der japanischen Verfassung, damit das Land in Zukunft aktiv an friedenserhaltenden Massnahmen in der Region teilnehmen könne.

Die Kommunistische Partei Japans **KPJ** *Kyōsantō* 共産党 setzt sich für eine aussenpolitische Neutralität Japans ein und lehnt den Sicherheitsvertrag und die Selbstverteidigungstreitkräfte ab.

Die **Sakigake** *さきがけ* schliesslich spielt in der **aussenpolitischen Meinungsbildung** eine eher nachgeordnete Rolle. Ihr Standpunkt zu einer Verfassungsänderung ist in den Parteiprinzipien nicht eindeutig festgeschrieben. Sie lehnt militärische Beiträge zu friedenssichernden Massnahmen der UNO ab, unterstützt jedoch das Streben nach einem Sitz im UNO Sicherheitsrat.

Der aussenpolitische Aktionsspielraum der Parteien wird massgeblich durch ihre Verflechtung mit den Interessenverbänden bestimmt. Die Intensität dieses Einflusses ist allerdings eine offene Frage.

Die Machtstruktur Japans lässt sich als eine Synthese von pluralistischem Ansatz (Pluralität von Akteuren, und Neokorporatismus (Einbindung von Wirtschafts- u. Sozialorganisationen, bei denen die Gewerkschaften und die soz. Parteien infolge Zersplitterung geringe Rolle spielen), verstehen.

Politiker-Dynastien

Der Wahlerfolg der Kandidaten stützt sich auf die *3 ban = sanban* 三番

- *Chiban* 地番 eigene Hochburg
- *Kanban* 看板 bekanntes Gesicht
- *Kaban* 鞆 gefüllte Börse = Möglichkeit, dem Wahlkreis von der Regierung Geld zuzuhalten

ferner:

- *Gakubatsu* 学閥 Familismus, Regionalismus, Universitätscliquen
- *Zokugiin* = 属議員 Mitglied parlamentarischer Stämme = Lobby für Partikularinteressen, faktionsübergreifend, als Gegengewicht zur Bürokratie

- *Kenkai* 後援会 Unterstützerguppen für Parlamentarier

1.7 Gewerkschaften

- Von USA aktiv gefördert, entwickelten sich aber nicht in die gewünschte Richtung, stark kommunistisch unterwandert.
- Nicht Branchen- sondern Firmengewerkschaften (Betriebs) – *Kigyōbetsukumiai* 企業別組合 – Aufhebung des Unterschiedes Angestellte – Arbeiter
- Geringe Kompetenzen der Dachverbände
Grundstruktur 3-stufig: unterste Stufe die Unternehmensgewerkschaft, mittlere Stufe Gewerkschaft mehrerer Unternehmen der gleichen Gruppe, zuoberst der Dachverband aus mehreren Branchenföderationen.
- *Zenrōren* 全労連 KPJ orientiert, *Zenrōkyō* 全労協 linksunabhängig

2.8 Wirtschaftsverbände und Interessengruppen

Keidanren 経団連 Wirtschaftsverband

Nikkeiren Arbeitgeberverband 日経連

Nisshō Industrie- und Handelskammer 日商

Dōyūkai Jungunternehmer 同友会

Nōkyō Bauernverband 農協

2.9 Bürgerinitiativen *Shiminundō* 市民運動

Misstrauen gegen und Verdruss über etablierte Parteien und deren Korruption, gegen die Umweltverschmutzung, Revisionismus in Geschichts- u. Lehrbüchern, Kampf gegen Nationalismus

3. Aussenpolitik, Einfluss des Auslandes

Drei aussenpolitische Machtkreise: Führung der Regierungspartei – Parlament – Ministerialbürokratie. Letztere hat den grössten Einfluss. Daneben Verbände usw., s. 2.8. Politische Reichweite des Parlamentes auf indirekte Einwirkung beschränkt.

Zurechnung von Entscheidungen erschwert durch vier Ressorts *Yon shōchōkyōgi taisei* 四省庁協議体制 Ministerien, die zuständig sind:

- Aussenministerium, MITI Ministerium für Handel und Industrie, Finanzministerium, EPA Economic Planning Agency.

3.1 Aussenpolitische Denkschule (Länderbericht Japan 1998, S. 153)

Die japanischen Interpretationen dieser Ziele lassen sich zu **vier Denkschulen** zusammenfassen: der realistischen, merkantilistischen, progressiven und neonationalistischen Schule. Die **realistische** Schule will die japanische Aussenpolitik der politischen, wirtschaftlichen und strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verankert sehen und hält einen Ausbau der japanischen Wirtschaftshilfe und Verteidigungsleistungen in Abstimmung mit den USA für geboten. Demgegenüber hält die **merkantilistische** Schule die militärische Sicherheitsgarantie der USA für gegeben und fordert eine allseitige Aussenpolitik, die sich allein an den japanischen Interessen orientiert und globale, humanitäre Massstäbe nur soweit berücksichtigt, wie dies unbedingt **erforderlich** ist, um internationale Kritik an Japan zu unterbinden. Die den Oppositionsparteien verbundene **progressive Denkschule** befürwortet aus einer idealistischen Perspektive eine vollständige Demilitarisierung Japans, eine weitgehende wirtschaftliche Integration des Landes in die Weltwirtschaft und den Abbau des Nationalstaats. Dagegen wendet sich die **neonationalistische** Schule, die Japans nationale Interessen zum ausschliesslichen Gradmesser seiner Aussenpolitik macht und eine starke konventionelle und atomar japanische Streitmacht anstrebt. Es ist damit zu rechnen, dass Realisten und Merkantilisten auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre den aussenpolitischen Ton angeben werden. Mit zunehmender Einbindung Japans ins internationale Netzwerk wird die realistische Denkschule in der aussenpolitischen Elite - bei Praktikern wie Wissenschaftlern - künftig noch mehr an Bedeutung zunehmen.

3.2 Einfluss des Auslandes auf die Aussenpolitik

Hauptaufgabe der Aussenpolitik: Rohstoff- und Marktsicherung

Als Folge der Abhängigkeit von den USA war Japan aussenpolitisch weitgehend passiv, engagierte sich aber stärker im Rahmen der UNO für int. Zusammenarbeit und den Weltfrieden, Entwicklungshilfe ODA, IMF, GATT, OECD.

Schwerpunkt der Entwicklungshilfe ist Asien. Geringer Schenkungsanteil, Hauptteil sind Darlehen, hoher Anteil für Grossprojekte. Abwicklungsmässig ist ODA auf eine Vielzahl Stellen aufgeteilt und damit schwerfällig. Die Verbesserung von Infrastrukturen ist das Hauptziel der ODA.

4. Zentralgewalt - Lokalgewalt

Das Land wird weitgehend von Tokio aus regiert. Die Präfekturen sind zuständig v.a. für die Schulaufsicht, die Regionalplanung und den Umweltschutz

5.1 Sozial-u. Umweltpolitik

Umweltpolitik: Siehe auch 2.9 Bürgerinitiative *Jiminundō* 自民運動

3 Phasen: 1. ökologische Ignoranz 2. symbolische Umweltpolitik 3. technokratische Umweltpolitik. Umweltpolitische Stagnation nach 1990. Wenig Initiativen, anlehnen an die USA im bremsenden Sinne.

5.2 Minderheiten und Probleme

Ainu アイヌ – *Burakumin* 部落民 – Bewohner des Ryūkyū Archipels – Koreaner – Atombombenopfer und Nachkommen – Boat People – illegale ausländische Arbeiter
Ausgangslage: Annahme die Bevölkerung Japans sei ethnisch homogen = *Nihonjinron* und *Aikokushin* 愛国心 = geläuterter Patriotismus

Die Koreaner wurden nach Abschluss des Friedensvertrages von 1951 durch die Anerkennung Koreas als eigener Staat zu Ausländern. Heute sind es etwa 700 000. Die Familienregister werden von Auskunfteien noch immer über die Herkunft von Heiratskandidaten geprüft.

Atombombenopfer: *Hibakusha* 被爆者

Boat People: Prinzip: Keine Aufnahme, aber Bezahlung der Weiterreise

6. Probleme der japanischen Politik zu Beginn des Jahres 2002

Verschuldung – Überalterung – Beteiligung an int. Aktionen der UNO, Konkurrenzfähigkeit Japans – Beziehung zu SEA, China, Korea.

6.1 Sicherheitspolitik, Streitkräfte

Sicherheitsvertrag mit den USA garantiert keinen US Schutz. USA bestimmen weitgehend die Gangart, Japan hat wenig zu sagen. Als Folge der Abhängigkeit von USA war Japan aussenpolitisch weitgehend passiv, engagierte sich aber stärker im Rahmen der UNO für int. Zusammenarbeit und den Weltfrieden, Entwicklungshilfe, IMF, GATT, OECD.

Literatur:

Chalmers, Johnson: *Japan: Who Governs? The Rise of the Developmental State.*
New York: W.W. Norton & Co. 1995.

Hall, John Whitney: *Fischer Weltgeschichte.* Frankfurt a.M. 1968.S. 343-358.

Aus dem Amerikanischen von Dr. Ingrid Schuster

Hayes, Louis D.: *Introduction to Japanese Politics*. New York: Paragon House. 1992.

Holstein, William J.: *The Japanese Power Game. What it means for America.*

New York: Charles Scribner. 1990.

Pohl, Manfred / Mayer, Hans Jürgen (Hrsg.): *Länderbericht Japan*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 1998. S. 65-117

Pohl, Manfred: *Japan*. München: Beck. 1995. S. 185-200,

Reischauer, Edwin O.: *The Story of a Nation*. Tokyo: Charles E. Tuttle. 1993. S., 219-300



1791
non multa
sed multum

© Dr. Richard Dähler, 2002 (20.04.2014)

www.eu-ro-ni.ch/publications/Politik_Japan_nach.pdf

www.eu-ro-ni.ch